



08.07.2025 – 15:18 Uhr

Regierung genehmigt Berichte und Anträge zur Umsetzung des revidierten internationalen Standards für den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen

Vaduz (ots) -

Liechtenstein hat 2016 im Rahmen seiner internationalen Kooperation im Steuerbereich den automatischen Informationsaustausch von Finanzkonten (AIA) nach dem gemeinsamen Meldestandard (Common Reporting Standard; CRS) der OECD eingeführt. Seit der Einführung des AIA haben sich die Finanzmärkte und die angebotenen Dienstleistungen und Produkte stetig weiterentwickelt. Unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen und der zunehmenden Digitalisierung der Finanzmärkte hat die zuständige OECD-Arbeitsgruppe im Auftrag der G20 den Common Reporting Standard überarbeitet (Addendum CRS) und zusätzlich das Crypto-Asset Reporting Framework (CARF) entwickelt. Die revidierte Empfehlung zum internationalen Standard für den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen wurde am 8. Juni 2023 vom OECD-Rat angenommen.

Liechtenstein hat am 26. November 2024 zusammen mit zahlreichen anderen Ländern und Jurisdiktionen die Multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch nach dem Melderahmen für Kryptowerte (Multilateral Competent Authority Agreement on Automatic Exchange of Information pursuant to the Crypto-Asset Reporting Framework; CARF MCAA) unterzeichnet. Gleiches gilt für das Addendum zur Multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (sog. Addendum to the Multilateral Competent Authority Agreement on Automatic Exchange of Financial Account Information; Addendum CRS MCAA). Beide Dokumente stellen gemeinsam mit der multilateralen Amtshilfekonvention (MAK) die abkommensrechtliche Grundlage für den Informationsaustausch dar. Das CARF MCAA und das Addendum CRS MCAA sollen innerstaatlich durch die Schaffung des CARF-Gesetzes und die Anpassung des AIA-Gesetzes umgesetzt werden.

Die Regierung hat an ihrer Sitzung vom Dienstag, 8. Juli 2025, daher den Bericht und Antrag betreffend das CARF MCAA und das Addendum CRS MCAA genehmigt. Des Weiteren wurde der Bericht und Antrag betreffend das CARF-Gesetz, die Abänderung des AIA-Gesetzes sowie die Anpassung weiterer Gesetze beschlossen. Sämtliche Anpassungen sollen per 1. Januar 2026 in Kraft treten.

Die Umsetzung des automatischen Informationsaustauschs mit den EU-Staaten erfolgt auf Grundlage des AIA-Abkommens Liechtenstein-EU. Zwecks Umsetzung der CRS-Revision wurde eine entsprechende Anpassung des AIA-Abkommens Liechtenstein-EU mit der EU-Kommission verhandelt. Diese Verhandlungen konnten im Juni 2025 mit der Paraphierung des Abkommenstextes abgeschlossen werden. Er wird nach der Unterzeichnung veröffentlicht.

Das paraphierte Änderungsprotokoll zum AIA-Abkommen Liechtenstein-EU anerkennt explizit die konstruktive, transparente und offene Kooperation und Liechtensteins Verlässlichkeit und hohe Umsetzungsrate betreffend EU-Rechtsakte. Ebenfalls positiv anerkannt wird der geschaffene rechtliche Rahmen betreffend Transparenz und Informationsaustausch in Steuersachen. Liechtenstein und die EU-Mitgliedstaaten sind langjährige und zuverlässige Partner im Bereich der Steuerkooperation einschliesslich des steuerlichen Informationsaustausches. In diesem Zusammenhang wird im Änderungsprotokoll anerkannt, dass Liechtenstein korrespondierende Massnahmen zu jenen innerhalb der EU umgesetzt hat, insbesondere auch im Bereich des automatischen Informationsaustauschs von Finanzkonten nach dem gemeinsamen Meldestandard.

Es ist geplant, dass das Änderungsprotokoll im Laufe des Jahres 2025 unterzeichnet wird und parallel zum Addendum CRS MCAA per 1. Januar 2026 in Kraft tritt. Im Gegensatz zum CRS wird für die Umsetzung des CARF mit den EU-Staaten kein eigenes Abkommen mit der EU abgeschlossen. Stattdessen wird sie mit den EU-Staaten auf Grundlage des CARF MCAA erfolgen.

Die effektive Umsetzung der internationalen Standards im Bereich der Steuerkooperation ist ein zentraler Pfeiler der Finanzplatzstrategie Liechtensteins. Entscheidend ist dabei nicht nur die inhaltliche Umsetzung, sondern auch deren Zeitpunkt. Denn nur durch ein hohes Mass an Konformität mit internationalen Standards kann die Rechtssicherheit für Kunden und Finanzplatzakteure gewährleistet werden.

Pressekontakt:

Ministerium für Präsidiales und Finanzen
Eve Beck, Generalsekretärin
T +423 236 74 37
eve.beck@regierung.li

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100933308> abgerufen werden.